

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Inhaltsverzeichnis	9
Literaturverzeichnis	39
Abkürzungsverzeichnis	51

TEIL A: EINFÜHRUNG IN DIE PROBLEME DER BESTEUERUNG WIEDERKEHRENDER BEZÜGE UND ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

I. Allgemeines	59
II. Begriff der „wiederkehrenden Bezüge“	60
III. Subsidiäre Bedeutung des § 22 Nr. 1 EStG	70
IV. Korrespondenzprinzip	72
V. Nicht steuerbare Zuwendungen i. S. d. § 12 Nr. 2 EStG	74
VI. Steuerbefreiungen in § 3 EStG	86

TEIL B: VERMÖGENSÜBERTRAGUNGEN GEGEN WIEDERKEHRENDE LEISTUNGEN

I. Unentgeltliche Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen	89
II. Veräußerung von Privatvermögen gegen wiederkehrende Leistungen	232

TEIL C: BETRIEBLICHE WIEDERKEHRENDE BEZÜGE

I. Veräußerung von Betriebsvermögen gegen wiederkehrende Bezüge	247
II. Barwert der betrieblichen wiederkehrenden Bezüge geringer oder höher als der Wert des übertragenen Betriebs	320
III. Betriebliche Versorgungsrenten	322
IV. Laufende Bezüge, die keine Renten sind und aus Versorgungsgründen gezahlt werden	350
V. Renten und Gewinn- oder Umsatzbeteiligungen an lästige Gesellschafter	352

VI.	Betriebliche wiederkehrende Bezüge ohne Veräußerungs- und Versorgungscharakter	356
VII.	Steuerliche Behandlung laufender Bezüge mit betrieblichem Charakter im Falle beschränkter Steuerpflicht und Steuerpflicht gem. § 2 Außensteuergesetz	362

TEIL D: BESTEUERUNG VON ALTERSBEZÜGEN

I.	Allgemeines	365
II.	Steuerliche Behandlung der Beiträge und der Altersbezüge aus der Basisversorgung	367
III.	Steuerliche Behandlung der Beiträge und der Leistungen aus Verträgen außerhalb der Basisversorgung und außerhalb von Riester-Verträgen	457
IV.	Wirkungen der Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG	531
V.	Besteuerung nach § 22 Nr. 5 EStG (Riester-Renten)	547
VI.	Besteuerung von Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung	665
VII.	Steuerliche Behandlung der Versorgungsbezüge	716
VIII.	Erstellung und Auswertung von Rentenbezugsmitteilungen nach § 22a EStG	730
IX.	Tarifermäßigung bei Rentennachzahlungen	735
X.	Besteuerung von Alterseinkünften bei beschränkter Steuerpflicht	737

TEIL E: BESTEUERUNG DER ÜBRIGEN WIEDERKEHRENDEN BEZÜGE

I.	Schadensersatz- und Schmerzensgeldrenten	739
II.	Versorgungsausgleich nach Scheidung der Ehe	745
III.	Unterhaltsleistungen geschiedener oder dauernd getrennt lebender Ehegatten (Realsplitting)	775
IV.	Abzug der Jahreserbschaftsteuer nach § 23 ErbStG als dauernde Last	785
V.	Rentenversicherungen und Lebensversicherungen gegen fremdfinanzierten Einmalbetrag	790

Anhang	797
---------------	------------

Stichwortverzeichnis	1045
-----------------------------	-------------

	Rdn.	Seite
Vorwort		5
Inhaltsübersicht		7
Literaturverzeichnis		39
Abkürzungsverzeichnis		51

TEIL A: EINFÜHRUNG IN DIE PROBLEME DER BESTEUERUNG WIEDERKEHRENDER BEZÜGE UND ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

I. Allgemeines	1	59
II. Begriff der „wiederkehrenden Bezüge“	11	60
1. Bedeutung des Begriffs	11	60
2. Inhalt des Begriffs	16	61
a) Noch ausstehende Klärung	16	61
b) Häufigkeit und Dauer	17	61
c) Einheitlicher Rechtsgrund oder einheitlicher Entschluss	26	62
d) Regelmäßigkeit der Leistungen	29	63
e) Güter in Geld oder Geldeswert	36	64
aa) Allgemeine Grundsätze	36	64
bb) Eigene Dienstleistungen	40	65
f) Abgrenzung wiederkehrender Bezüge von der Vermögensumschichtung	46	66
aa) Abgrenzung gegen Ratenzahlungen	46	66
bb) Abgrenzung der anlässlich von Veräußerungsvorgängen vereinbarten wiederkehrenden Bezüge von den Vermögensumschichtungen	48	67
3. Bedeutung der wiederkehrenden Leistungsform für die Steuerbarkeit der Bezüge	56	67
a) Rechtsauffassung von 1920 bis 1994	56	67
b) Aufgabe des bisherigen Grundsatzes durch den BFH in 1994	57	68

	Rdn.	Seite
c) Stellungnahme zu der neueren Rechtsprechung des BFH	59	69
d) Tragweite der neueren BFH-Rechtsprechung	60	69
III. Subsidiäre Bedeutung des § 22 Nr. 1 EStG	66	70
IV. Korrespondenzprinzip	76	72
V. Nicht steuerbare Zuwendungen i. S. d. § 12 Nr. 2 EStG	81	74
1. Grenzen der Wechselwirkung zwischen § 12 Nr. 2 EStG und § 22 Nr. 1 EStG	81	74
2. Zuwendungen	86	76
3. Freiwillige Zuwendungen	91	76
4. Freiwillig begründete Rechtspflicht	96	77
5. Zuwendungen an eine unterhaltsberechtigzte Person	101	77
a) Abgrenzung des betroffenen Personenkreises	101	77
b) Übergang der Unterhaltsverpflichtung auf den Erben	105	80
c) Ausnahmeregelung für dauernd getrennt lebende oder geschiedene Ehegatten	106	80
d) Zuwendungen des Ehegatten/Lebenspartners des gesetzlich Unterhaltspflichtigen und Zuwendungen an den Ehegatten/Lebenspartner des gesetzlich Unterhaltsberechtigten	107	81
6. Bedeutung der unbeschränkten Steuerpflicht des Leistenden (bis VZ 2008)	111	81
7. Ausnahme von der Steuerbefreiung nach § 22 Nr. 1 Satz 2 EStG	116	83
a) Grund für die Rückausnahme	116	83
b) Voraussetzungen für § 22 Nr. 1 Satz 2 Halbsatz 2 Buchst. a EStG	126	84
c) Voraussetzungen für § 22 Nr. 1 Satz 2 Halbsatz 2 Buchst. b EStG	127	85
d) Konkurrenzverhältnis zu § 20 Abs. 1 Nr. 9 EStG	131	85
VI. Steuerbefreiungen in § 3 EStG	136	86

TEIL B: VERMÖGENSÜBERTRAGUNGEN GEGEN WIEDERKEHRENDE LEISTUNGEN

I. Unentgeltliche Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen	146	89
1. Rechtsentwicklung	146	89

	Rdn.	Seite
a) Aktuelle Abgrenzung	146	89
b) Rechtslage bis Anfang der 1990er Jahre	151	90
aa) Entgeltliche Rechtsgeschäfte	151	90
bb) Unentgeltliche Rechtsgeschäfte	153	90
c) Neuausrichtung der unentgeltlichen Rechtsgeschäfte durch die Beschlüsse des Großen Senats vom 5. 7. 1990 und 15. 7. 1991	156	91
d) Folgerechtsprechung der Einzelsenate	161	92
aa) Unentgeltliche Rechtsgeschäfte	161	92
bb) Entgeltliche Rechtsgeschäfte	168	94
e) Reaktion der Finanzverwaltung	172	95
aa) Unentgeltliche Rechtsgeschäfte	172	95
bb) Entgeltliche Rechtsgeschäfte	177	97
f) Erneute Entscheidungen des Großen Senats vom 12. 5. 2003 zur unentgeltlichen Vermögensübergabe	183	97
aa) Kritik an der bisherigen Rechtslage	183	97
bb) Vorlagebeschlüsse	185	98
cc) Entscheidung des Großen Senats zum Typus 2	191	99
dd) Entscheidung des Großen Senats zum Typus 1	200	101
g) Gesetzliche Einschränkung der unentgeltlichen Vermögensübergabe durch das JStG 2008	204	102
2. Vermögensübergabe zur Regelung der vorweggenommenen Erbfolge	211	103
3. Formelle Voraussetzungen eines Versorgungsvertrages	220	106
a) Grundsatz	220	106
b) Änderung von Vereinbarungen	221	107
c) Nicht vertragsgemäßes Verhalten	222	107
d) Geänderter Versorgungsbedarf/geänderte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	227	109
e) Umwandlung einer dauernden Last in eine Rente und umgekehrt	228	110
f) Wertsicherungsklauseln	230	111
g) Begrenzung der Leistungen für den Fall der Pflegebedürftigkeit	236	113
aa) Allgemeines	236	113
bb) Regelungen zum sog. Sozialhilferegress	237	114
(1) Rechtliche Grundlagen	237	114
(2) Möglichkeiten der Vermeidung?	240	116

	Rdn.	Seite
4. Materielle Voraussetzungen einer begünstigten Vermögensübergabe	241	119
a) Vermögensübergabeverträge vor dem 1. 1. 2008	241	119
aa) Begriff und Definition existenzsichernden Vermögens	241	119
bb) Aufteilung der erwirtschafteten Erträge	246	121
cc) Vom Vermögensübernehmer zu eigenen Wohnzwecken genutzte Wohnung	249	122
(1) Ursprüngliche Auffassung	249	122
(2) Erste Entscheidung der Rechtsprechung	250	123
(3) Anpassung der Verwaltungsauffassung	251	124
(4) Abweichende Entscheidung des Großen Senats des BFH	252	124
(5) Erneut angepasste Auffassung der Finanzverwaltung	253	124
(6) Eigene Auffassung	254	125
dd) Übertragung eines Geldbetrages	256	125
(1) Existenzsichernde Wirtschaftseinheit bei Umschichtungsverpflichtung	256	125
(2) Weiterentwicklung der Grundsätze durch die Finanzverwaltung	261	127
ee) Wertpapiervermögen	267	130
b) Vermögensübergabeverträge nach dem 31. 12. 2007	269	131
aa) Begünstigtes Vermögen	269	131
(1) Begünstigte Mitunternehmeranteile	271	132
(2) Begünstigte Betriebe und Teilbetriebe	277	135
(3) Begünstigte Anteile an einer GmbH	279	136
(4) Missbrauchsregelung	285	139
bb) Wohnanteil eines Betriebs der Land- und Forstwirtschaft	286	140
c) Empfänger des Vermögens (Person des Vermögensübernehmers)	290	143
aa) Übertragung an Abkömmlinge	290	143
bb) Übertragung an gesetzlich erbberechtigte entferntere Verwandte	291	143
cc) Erbausschlagung gegen Versorgungsleistungen	292	143
dd) Übertragung abweichend von der Erbfolge	293	144

	Rdn.	Seite
ee) Übertragung an nahe stehende Dritte	294	144
ff) Übertragung an fremde Dritte	295	145
d) Empfänger der Versorgungsleistungen (Person des Vermögensübergebers)	296	146
aa) Grundsatz	296	146
bb) Abgrenzung zum Gleichstellungsgeld	298	146
cc) Versorgung von Personen außerhalb des Generationennachfolgeverbundes	301	147
e) Wiederkehrende Leistungen auf die Lebenszeit des Berechtigten	306	149
aa) Grundsatz	306	149
bb) Vereinbarung von abgekürzten Leibrenten	309	150
cc) Vereinbarung einer Mindestzeitrente	311	151
f) Ausreichend ertragbringende Wirtschaftseinheit	316	153
aa) Unklare Entscheidung des Großen Senats des BFH in den 1990er Jahren	316	153
bb) Folgerechtsprechung der Einzelsenate des BFH	317	153
cc) Auslegung der Finanzverwaltung	319	154
(1) Typuseinteilung	319	154
(2) Ermittlung der maßgebenden Erträge	320	155
dd) Erneute Entscheidung des Großen Senats in 2003	329	157
(1) Einbeziehung von Nutzungsvorteilen in die Ermittlung des Nettoertrags	330	157
(2) Ermittlung der ersparten Nettomiete	339	160
(3) Berücksichtigung eines Unternehmerlohns	340	161
(4) Zukunftsgerichtete Ertragsprognose	342	161
(5) Beweiserleichterungen bei Unternehmensübertragungen	346	163
ee) Auswirkungen der Gesetzesänderung zum 1. 1. 2008	354	166
(1) Allgemeines	354	166
(2) Einbeziehung von Nutzungsvorteilen in die Ermittlung des Nettoertrags	357	167
(3) Berücksichtigung eines Unternehmerlohns	360	168
(4) Beweiserleichterung	360a	169
(5) Ermittlung des Ertrags beim land- und forstwirtschaftlichen Betrieb	360c	170

	Rdn.	Seite
g) Wert des übertragenen Vermögens	361	171
aa) Bedeutung des Vermögenswerts bei der Typuseinteilung der Finanzverwaltung	361	171
bb) Geänderte Sichtweise des GrS	362	171
cc) Vermögensübergabeverträge nach dem 31. 12. 2007	367	173
h) Übergangsregelung für vor dem 1. 11. 2004 geschlossene Vermögensübergabeverträge (Weiteranwendung des Versorgungsvertrags Typus 2)	373	174
5. Besonderheiten in Einzelfällen	376	175
a) Nachträgliche Umschichtung übertragenen Vermögens	376	175
aa) Rechtslage nach dem BMF-Schreiben vom 23. 12. 1996	376	175
bb) Abweichende Sichtweise beim X. Senat des BFH	380	176
(1) Begründung des X. Senats	380	176
(2) Kritik an der Entscheidung des X. Senats	383	177
cc) Umsetzung der abweichenden Rechtsprechung durch die Finanzverwaltung durch BMF-Schreiben vom 26. 8. 2002	396	180
(1) Umschichtung von Privatvermögen aus der Sicht des Vermögensübernehmers	404	183
(2) Umschichtung von Privatvermögen aus der Sicht des Vermögensübergebers	412	185
(3) Umschichtung von Betriebsvermögen aus der Sicht des Vermögensübernehmers	421	188
(4) Umschichtung von Betriebsvermögen aus der Sicht des Vermögensübergebers	431	191
(5) Anwendungszeitraum für das BMF-Schreiben vom 26. 8. 2002	438	196
dd) Neuregelungen aufgrund der Beschlüsse des Großen Senats in 2003 (BMF-Schreiben vom 16. 9. 2004)	446	197
ee) Rechtslage ab 2008	458	201
(1) Vermögensübergabeverträge, die vor dem 1. 1. 2008 abgeschlossen wurden	458	201
(2) Vermögensübergabeverträge, die nach dem 31. 12. 2007 abgeschlossen wurden	459	202

	Rdn.	Seite
b) Teilentgeltliche Vermögensübertragung	461	204
c) Vermögensübertragung unter Nießbrauchsvorbehalt	466	206
aa) Grundsatz	466	206
bb) Sicherungsnießbrauch	467	207
cc) Gleitende Vermögensübergabe	468	207
dd) Ablösung des Nießbrauchsrechts zwecks lastenfreier Veräußerung	472	210
ee) Ablösung des Nießbrauchsrechts als eigenständige Vermögensübergabe	476	211
ff) Rechtsfolgen	478	213
d) Versorgungsleistungen aufgrund einer Verfügung von Todes wegen	479	213
aa) Vermögensübergabeverträge, die vor dem 1. 1. 2008 abgeschlossen wurden	479	213
(1) Einschränkungen gegenüber der vorweggenommenen Erbfolge	479	213
(2) Kritik an der Einschränkung	480	214
(3) Vermächtnisrente an die Geschwister des Erben	482	215
(4) Erb- oder Pflichtteilsverzicht gegen wiederkehrende Leistungen	483	215
bb) Vermögensübergabeverträge, die nach dem 31. 12. 2007 abgeschlossen werden	484	216
e) Stuttgarter Modell: Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen mit Rückvermietung an den Vermögensübergeber (Verträge vor dem 1. 1. 2008)	486	217
aa) Kein Gestaltungsmissbrauch	486	217
bb) Späterer Verzicht auf ein Wohnrecht kein Gestaltungsmissbrauch	490	219
cc) Ablösung eines Wohnrechts gegen wiederkehrende Leistungen und Mietvertrag Gestaltungsmissbrauch	492	219
f) Wirtschaftsüberlassungsverträge	496	220
6. Umfang der Versorgungsleistungen und ihre Bewertung	501	222
a) Umfang	501	222
b) Bewertung	502	222
c) Wohnraumüberlassung an den Berechtigten	504	223
d) Außergewöhnliche Instandhaltungskosten	506	223

	Rdn.	Seite
e) Kosten für ein Grabmal und für Beerdigungskosten	509	224
f) Aufteilung der wiederkehrenden Leistungen bei Mitübertragung von nicht begünstigtem Vermögen	511	226
7. Korrespondenzprinzip zwischen § 10 Abs. 1 Nr. 1a EStG und § 22 Nr. 1b EStG	516	227
a) Besteuerung der Versorgungsleistungen beim Empfänger	516	227
b) Unbeschränkte Steuerpflicht des Empfängers der Versorgungsleistungen	521	228
8. Versorgungsleistungen, die mit Einkünften in Zusammenhang stehen, die bei der Veranlagung außer Betracht bleiben	524	229
9. Maßgeblicher Rechtsakt für die Anwendung des § 10 Abs. 1 Nr. 1a EStG in der Fassung des JStG 2008	525b	231
II. Veräußerung von Privatvermögen gegen wiederkehrende Leistungen	526	232
1. Rechtsentwicklung	526	232
a) Ältere Rechtsprechung	526	232
b) Neuere Rechtsprechung	530	233
c) Auffassung der Finanzverwaltung	532	233
d) Stellungnahme	536	234
2. Allgemeines auf der Basis der aktuellen Rechtslage	541	235
a) Abgrenzung von der unentgeltlichen Vermögensübergabe	541	235
b) Vereinbarung eines vollentgeltlichen Rechtsgeschäfts	542	235
c) Unterscheidung von Betriebsvermögen und Privatvermögen	543	235
3. Einzelheiten der Besteuerung wiederkehrender Veräußerungsleistungen	546	236
a) Abgrenzung vollentgeltlicher und teilentgeltlicher Rechtsgeschäfte	546	236
b) Abgrenzung nicht abziehbarer Unterhaltsleistungen	551	237
c) Aufteilung in einen Zins- und Tilgungsanteil	556	238
d) Berechnung des Kapital- oder Barwerts	561	238
e) Berechnung des Zinsanteils	566	239
aa) Veräußerungsleibrenten	567	239
bb) Dauernde Lasten	568	239
cc) Zeitlich befristete Leistungen	569	240

	Rdn.	Seite
dd) Mehrbeträge	572	241
f) Behandlung der wiederkehrenden Leistungen beim Verpflichteten	576	241
aa) Tilgungsanteil als Anschaffungskosten	576	241
bb) Zinsanteil als Werbungskosten	578	242
cc) Nicht abziehbarer Kosten der privaten Lebensführung	579	242
g) Behandlung der wiederkehrenden Leistungen beim Berechtigten	586	242
aa) Tilgungsanteil als Veräußerungserlös	586	242
bb) Zinsanteil als Kapitaleinkünfte oder als sonstige Einkünfte	588	243
h) Veräußerung gegen Ratenzahlungen	601	244

TEIL C: BETRIEBLICHE WIEDERKEHRENDE BEZÜGE

I. Veräußerung von Betriebsvermögen gegen wiederkehrende Bezüge	611	247
1. Allgemeines	611	247
2. Betriebliche Veräußerungsrenten auf Lebenszeit	616	248
a) Begriff der betrieblichen Veräußerungsrente auf Lebenszeit	616	248
aa) Grundsatz	616	248
bb) Merkmal der Veräußerung	617	248
cc) Gegenstände der Veräußerung	623	251
dd) Betriebliche Veräußerungsrente beim Rentenverpflichteten (Erwerber)	625	251
b) Steuerliche Behandlung der betrieblichen Veräußerungsleibrente beim Rentenberechtigten im Falle der Ermittlung des laufenden Gewinns nach § 5 EStG	631	252
aa) Grundsatz	631	252
bb) Rechtsentwicklung	633	253
(1) Nachträgliche Versteuerung des Veräußerungsgewinns (Zuflussversteuerung)	633	253
(2) Sofortige Versteuerung des Veräußerungsgewinns	634	254

	Rdn.	Seite
cc) Heutige steuerliche Behandlung im Grundsatz: Wahlrecht zwischen nachträglicher und sofortiger Versteuerung des Veräußerungsgewinns	635	254
dd) Aufteilung der Rentenzahlungen in einen Zins- und Tilgungsanteil bei Wahl der nachträglichen Versteuerung	639	256
ee) Versteuerung des Zinsanteils (Ertragsanteils) nach § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG bei Wahl der Sofortversteuerung?	645	257
ff) Ausübung des Wahlrechts	647	258
gg) Ermittlung der Einkünfte und Tarif im Falle der sofortigen Versteuerung	649	258
hh) Ermittlung der Einkünfte und Tarif bei nachträglicher Versteuerung (Zuflussversteuerung)	650	259
ii) Beispiele zu steuerlicher Behandlung	653	260
jj) Veräußerung von Teilbetrieben, Anteilen an Mitunternehmerschaften und einzelnen Wirtschaftsgütern	654	261
kk) Veräußerung von Grundstücken, die teilweise zum Betriebsvermögen und teilweise zum Privatvermögen gehören	658	262
ll) Steuerliche Folgen bei vorzeitigem Ableben des Rentenberechtigten	659	262
(1) Sofortige Versteuerung	659	262
(2) Nachträgliche Versteuerung	661	263
c) Steuerliche Behandlung der betrieblichen Veräußerungsleibrente beim Rentenverpflichteten im Falle der Ermittlung des laufenden Gewinns nach § 5 EStG	671	264
aa) Fragen der Aktivierung	671	264
bb) Fragen der Passivierung und Ermittlung des Aufwands	678	267
cc) Weiterveräußerung, Aufgabe oder Verpachtung des durch eine betriebliche Veräußerungsrente erworbenen Betriebs	686	269
dd) Anwendung der buchhalterischen Methode	692	269
ee) Unterlassen der Aktivierung und Passivierung	693	270

d)	Steuerliche Behandlung der betrieblichen Veräußerungsleibrente im Falle der Ermittlung des laufenden Gewinns nach § 4 Abs. 1 EStG oder nach § 13a EStG	701	271
aa)	Besteuerung der Rente beim Rentenberechtigten	701	271
bb)	Behandlung der Rente beim Rentenverpflichteten	706	271
e)	Steuerliche Behandlung der betrieblichen Veräußerungsleibrente im Falle der Ermittlung des laufenden Gewinns nach § 4 Abs. 3 EStG	714	272
aa)	Besteuerung der Rente beim Rentenberechtigten	714	272
bb)	Behandlung der Rente beim Rentenverpflichteten	723	273
f)	Vereinbarung des Veräußerungsentgelts in Form einer Rente neben einem fest bestimmten Kaufpreisteil	736	277
aa)	Besteuerung beim Rentenberechtigten	736	277
bb)	Steuerliche Behandlung beim Rentenverpflichteten	744	280
g)	Veräußerung einzelner zum Betriebsvermögen gehörender Wirtschaftsgüter gegen eine Rente	751	280
aa)	Besteuerung der Rente beim Rentenberechtigten	751	280
	(1) Veräußerung eines einzelnen Wirtschaftsguts	751	280
	(2) Veräußerung mehrerer Grundstücke	756	283
bb)	Behandlung der Rente beim Rentenverpflichteten	757	283
h)	Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften i. S. d. § 17 EStG gegen eine Leibrente	766	284
aa)	Grundsatz	766	284
bb)	Besteuerung der Rente beim Rentenberechtigten	767	284
cc)	Steuerliche Behandlung beim Rentenverpflichteten	771	285
i)	Betriebliche Veräußerungsrenten als abgekürzte oder verlängerte Leibrenten	781	287
j)	Änderungen in der Höhe der jährlichen Rentenzahlungen	786	288
aa)	Vereinbarungen im Zeitpunkt der Veräußerung über die später wirksam werdende Erhöhung oder Herabsetzung der Rente (ausgenommen Wertsicherungsklauseln)	786	288
bb)	Vereinbarung einer Wertsicherungsklausel	789	289

	Rdn.	Seite
(1) Behandlung beim Rentenberechtigten	789	289
(2) Behandlung beim Rentenverpflichteten	791	289
(3) Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG	794	291
cc) Erhöhung der betrieblichen Veräußerungsrente durch spätere Vereinbarungen	796	292
dd) Herabsetzung der betrieblichen Veräußerungsrente durch spätere Vereinbarungen	800	293
(1) Behandlung beim Rentenberechtigten	800	293
(2) Behandlung beim Rentenverpflichteten	801	293
(3) Folgen bei Ausgleichszahlungen	803	294
ee) Herabsetzung der betrieblichen Veräußerungsrente durch Geltendmachung von Gewährleistungsansprüchen	805	295
k) Ablösung der Rentenverpflichtung durch eine Abfindungszahlung	811	296
aa) Behandlung beim Rentenberechtigten	811	296
bb) Behandlung beim Rentenverpflichteten	816	298
l) Wegfall des Veräußerungsvertrags	819	298
m) Uneinbringlichkeit einzelner Rentenzahlungen	821	298
3. Betriebliche Veräußerungsrenten auf Zeit	826	299
a) Vorbemerkung	826	299
b) Begriff der betrieblichen Veräußerungsrente auf Zeit und Abgrenzung zu Kaufpreistraten	828	300
c) Steuerliche Behandlung beim Berechtigten im Falle der betrieblichen Veräußerungsrente auf Zeit	836	302
aa) Veräußerung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils	836	302
(1) Wahlrecht zwischen sofortiger und nachträglicher Versteuerung	836	302
(2) Nachträgliche Versteuerung	839	303
(3) Sofortversteuerung	841	303
bb) Veräußerung einer Beteiligung i. S. d. § 17 EStG	842	303
cc) Veräußerung eines einzelnen Wirtschaftsguts	843	304
d) Steuerliche Behandlung beim Rentenverpflichteten im Falle der betrieblichen Veräußerungsrente auf Zeit	844	304
4. Betriebsveräußerung gegen Kaufpreistraten	851	304
a) Steuerliche Behandlung beim Berechtigten	851	304

	Rdn.	Seite
aa) Ermittlung des Veräußerungsgewinns im Allgemeinen und Versteuerung der Zinsen	851	304
bb) Unverzinslichkeit und zu geringe Verzinsung des Kaufpreises	854	306
cc) Kaufpreisforderung in ausländischer Währung	860	308
dd) Wertsicherungsklausel	861	308
ee) Wegfall des Veräußerungsvertrages und Minderung der Kaufpreistraten	862	309
ff) Uneinbringlichkeit der Kaufpreistraten	863	309
gg) Umdeutung von verlängerten Leibrenten in Kaufpreistraten	864	310
b) Steuerliche Behandlung beim Verpflichteten	865	311
5. Veräußerung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils gegen andere laufende Bezüge als Renten	871	311
a) Allgemeine Grundsätze	871	311
b) Besteuerung der laufenden Bezüge in Form einer Gewinn- oder Umsatzbeteiligung beim Berechtigten	878	313
c) Behandlung der Gewinn- oder Umsatzbeteiligung beim Verpflichteten	886	315
aa) Passivierung der Gewinn- oder Umsatzbeteiligung und Aktivierung der erworbenen Wirtschaftsgüter	886	315
bb) Behandlung der jährlichen Gewinn- oder Umsatzbeteiligungszahlungen	892	318
II. Barwert der betrieblichen wiederkehrenden Bezüge geringer oder höher als der Wert des übertragenen Betriebs	901	320
1. Barwert der betrieblichen wiederkehrenden Bezüge geringer als der Wert des übertragenen Betriebs	901	320
a) Grundsatz	901	320
b) Wiederkehrende Bezüge als teilentgeltlicher Veräußerungspreis	903	320
c) Vereinbarung des „Teilentgelts“ aus Versorgungsgründen	904	321
d) Vereinbarung des „Teilentgelts“ aus Unterhaltsgründen	905	321
2. Barwert der betrieblichen wiederkehrenden Bezüge höher als der Wert des übertragenen Betriebs	906	321

	Rdn.	Seite
III. Betriebliche Versorgungsrenten	921	322
1. Begriff der betrieblichen Versorgungsrente	921	322
a) Grundsatz	921	322
b) Versorgungszweck	923	323
c) Versorgung aus betrieblichem Anlass	933	327
d) Gegenstände der Leistung des Rentenberechtigten bei der betrieblichen Versorgungsrente und Charakter dieser Leistungen	937	329
2. Abgrenzung der betrieblichen Versorgungsrente von der außerbetrieblichen Versorgungsrente	946	329
a) Renten zwischen Eltern und Kindern	946	329
aa) Grundsatz	946	329
bb) Vermutung einer außerbetrieblichen oder betrieblichen Versorgungsrente	948	331
cc) Bedeutung des Werts des übertragenen Vermögens	953	333
b) Renten an andere nahe Angehörige	958	334
c) Renten in Nachlassfällen	963	334
d) Familienpersonengesellschaften	964	334
e) Beispiel zur Abgrenzung der betrieblichen Versorgungsrente von anderen Renten	966	335
3. Behandlung der betrieblichen Versorgungsrente beim Berechtigten	971	336
a) Grundsatz	971	336
b) Versteuerung der Rente sofort oder erst nach Übersteigen des Kapitalkontos?	972	337
c) Erwerb des Betriebsvermögens eine gemischte Schenkung?	974	338
d) Zahlung einer Abfindung	975	338
e) Aufteilung in einen Zins- und Tilgungsanteil?	977	339
f) Vorzeitiges Versterben des Berechtigten	978	339
g) Kosten bei der Übertragung des Betriebs	979	339
h) Steuerlicher Verlust in Höhe des Kapitalkontos	980	339
i) Veräußerung oder Aufgabe des Betriebs durch den Verpflichteten	981	340
j) Beispiele zur steuerlichen Behandlung	982	340
4. Behandlung der betrieblichen Versorgungsrente beim Verpflichteten	986	340
a) Aktivierung der übernommenen Wirtschaftsgüter	986	340

	Rdn.	Seite
b) Gewinn in Höhe des Kapitalkontos?	988	341
c) Abzugsfähigkeit der jährlichen Rentenzahlungen und Passivierung der Rentenverbindlichkeit	989	342
aa) Jährliche Rentenzahlungen Betriebsausgaben	989	342
bb) Vorabvergütungen	990	342
cc) Passivierung der Rentenverbindlichkeit	993	343
d) Veräußerung oder Aufgabe des Betriebs	995	344
e) Beispiele zur Behandlung der betrieblichen Versorgungsrente beim Berechtigten und Verpflichteten	997	345
5. Abfindung der betrieblichen Versorgungsrente	1001	346
6. Betriebsveräußerung und zusätzliche Vereinbarung einer Rente aus Versorgungsgründen	1006	346
7. Abkürzung der Versorgungsleistungen auf eine bestimmte Höchstlaufzeit	1016	348
8. Bindung an die steuerlich fehlerhafte Behandlung einer Rente als betriebliche Veräußerungsrente, betriebliche Versorgungsrente oder außerbetriebliche Versorgungsrente?	1021	349
IV. Laufende Bezüge, die keine Renten sind und aus Versorgungsgründen gezahlt werden	1031	350
V. Renten und Gewinn- oder Umsatzbeteiligungen an lästige Gesellschafter	1041	352
1. Renten an lästige Gesellschafter	1041	352
a) Grundsatz	1041	352
b) Abfindung für das Ausscheiden in Rentenform	1042	352
c) Entgelt für die Übertragung des Mitunternehmeranteils in Rentenform	1045	353
d) Beispiel	1047	354
2. Gewinn- oder Umsatzbeteiligung an lästige Gesellschafter	1048	354
a) Behandlung beim lästigen Gesellschafter	1048	354
b) Behandlung bei den verbleibenden Gesellschaftern	1049	355
VI. Betriebliche wiederkehrende Bezüge ohne Veräußerungs- und Versorgungscharakter	1056	356
1. Betriebliche Renten oder andere betriebliche wiederkehrende Bezüge aufgrund einer Dienstleistung oder aufgrund anderer Leistungen, ohne dass ein Betrieb (Anteil) übertragen wird	1056	356

	Rdn.	Seite
2. Betriebliche Schadensrenten	1059	357
a) Begriff und Fälle der betrieblichen Schadensrenten	1059	357
b) Einkommensteuerliche Behandlung betrieblicher Schadensrenten	1064	358
aa) Behandlung beim Rentenberechtigten	1064	358
bb) Behandlung beim Rentenverpflichteten	1068	359
cc) Beispiel	1072	360
3. Betriebliche wiederkehrende Bezüge, die keine Renten sind, aufgrund einer Schadensersatzverpflichtung	1073	361
4. Betriebliche Unfallrenten	1074	361
VII. Steuerliche Behandlung laufender Bezüge mit betrieblichem Charakter im Falle beschränkter Steuerpflicht und Steuerpflicht gem. § 2 Außensteuergesetz	1086	362
1. Beschränkte Steuerpflicht des Empfängers laufender betrieblicher Bezüge	1086	362
2. Beschränkte Steuerpflicht des Verpflichteten	1089	363
3. Steuerpflicht gem. § 2 Außensteuergesetz	1090	363

TEIL D: BESTEUERUNG VON ALTERSBEZÜGEN

I. Allgemeines	1101	365
1. Ausgangspunkt für die Reform der Besteuerung von Altersbezügen	1101	365
2. Einteilung der Altersversorgung in ein sog. Drei-Schichten-Modell	1111	366
II. Steuerliche Behandlung der Beiträge und der Altersbezüge aus der Basisversorgung	1121	367
1. Behandlung der Beiträge in der Ansparphase	1121	367
a) Definition der Basisversorgung	1121	367
b) Begünstigte Beiträge für den Sonderausgabenabzug nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a und b EStG	1126	369
aa) Beiträge zu den gesetzlichen Rentenversicherungen	1126	369
bb) Beiträge zur Alterssicherung der Landwirte	1136	371
cc) Beiträge an berufsständische Versorgungseinrichtungen	1141	372

dd) Beiträge zum Aufbau einer eigenen kapitalgedeckten Altersversorgung der Basisversorgung	1149	375
(1) Sonderausgabenabzug nur für Neuverträge nach dem 31. 12. 2004	1150	375
(2) Eigene Altersabsicherung	1158	379
(3) Form der Beitragszahlung	1159	380
(4) Lebenslange Leibrente	1160	380
(5) Ergänzende Risikoabsicherung	1163	381
(6) Begünstigte Hinterbliebene	1171	384
(7) Einschränkende Produktvoraussetzungen	1177	386
(8) Beiträge an einen Pensionsfonds	1184	391
(9) Einbeziehung der betrieblichen Altersversorgung in die Basisversorgung	1186	392
(10) Ausschluss der Beiträge, die in Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen stehen	1190	392
aa) Absicherung gegen den Eintritt der Berufsunfähigkeit oder der verminderten Erwerbsfähigkeit	1193	394
c) Ermittlung des Abzugsbetrags nach § 10 Abs. 3 EStG	1196	395
aa) Übergangsregelung bis 2025	1196	395
bb) Kürzung des Höchstbetrags nach § 10 Abs. 3 Satz 3 EStG	1199	396
(1) Allgemeines	1199	396
(2) Kürzung beim Personenkreis des § 10 Abs. 3 Satz 3 Nr. 1 Buchst. a EStG	1204	397
(3) Kürzung beim Personenkreis des § 10 Abs. 3 Satz 3 Nr. 1 Buchst. b EStG	1207	398
(4) Kürzung beim Abgeordneten	1222	405
cc) Kürzung des ermittelten Abzugsbetrags um steuerfreie Arbeitgeberleistungen i. S. d. § 3 Nr. 62 EStG	1226	406
dd) Kürzung bei zusammenveranlagten Ehegatten/Lebenspartnern	1229	408
ee) Abzug von Altersvorsorgebeiträgen bei Beziehern von Alterseinkünften	1233	410

	Rdn.	Seite
2. Behandlung der Altersbezüge	1236	411
a) Allgemeines	1236	411
aa) Wechsel zu einer nachgelagerten Besteuerung	1236	411
bb) Erneute verfassungsrechtliche Bedenken	1243	412
b) Erfasste Leistungen	1251	415
aa) Gesetzliche Rentenversicherungen	1251	415
(1) Allgemeines	1251	415
(2) Erwerbsminderungsrenten	1255	417
(3) Rentennachzahlungen	1257	418
(4) Ausländische Rentenzahlungen	1258	418
bb) Landwirtschaftliche Alterskassen	1265	420
cc) Berufsständische Versorgungseinrichtungen	1266	421
(1) Diskrepanz zwischen Sonderausgabenabzug und Besteuerung	1266	421
(2) Unselbständige Rentenbestandteile – z. B. Kinderzuschüsse	1268	421
(3) Beitragserstattungen	1269	422
(4) Kapitalauszahlungen	1271	424
dd) Basis-Rentenvertrag (Altersversorgung und ergänzende oder eigenständige Risikoabsicherung)	1279	429
c) Ermittlung des Besteuerungsanteils	1291	431
aa) Jahresbetrag der Rente	1291	431
bb) Bestimmung des Prozentsatzes	1298	432
d) Ermittlung des steuerfreien Teils der Rente	1311	435
aa) Grundsätze	1311	435
bb) Änderung der Rentenhöhe aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen	1321	437
cc) Regelmäßige Rentenanpassungen	1330	439
e) Aufeinanderfolgende Renten aus der gleichen Versicherung	1336	441
f) Öffnungsklausel für Leistungen aus den berufsständischen Versorgungseinrichtungen und für Höherversicherungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung	1346	444
aa) Hintergrund der gesetzlichen Regelung	1346	444
bb) Antrag des Steuerpflichtigen	1351	446
cc) 10-Jahres-Grenze	1352	446

	Rdn.	Seite
dd) Bis zum 31.12.2004 geleistete Beiträge oberhalb des maßgebenden Höchstbeitrags	1355	448
(1) Maßgeblicher Höchstbeitrag	1355	448
(2) Ermittlung der eingezahlten Beiträge	1359	448
(3) Nachweis der gezahlten Beiträge	1364	451
(4) Beiträge an mehr als einen Versorgungsträger	1367	452
ee) Ermittlung des auf Beiträgen oberhalb des Betrags des Höchstbeitrags beruhenden Teils der Leistung	1372	454
ff) Besteuerungslücke bei einmaligen Leistungen	1376	455
gg) Versorgungsausgleich unter Ehegatten oder unter Lebenspartnern	1377	456
III. Steuerliche Behandlung der Beiträge und der Leistungen aus Verträgen außerhalb der Basisversorgung und außerhalb von Riester-Verträgen	1391	457
1. Behandlung von Versicherungsbeiträgen in der Ansparphase	1391	457
a) Allgemeines	1391	457
b) Begünstigte Vorsorgeaufwendungen	1396	458
aa) Bis VZ 2009	1396	458
bb) Ab VZ 2010	1404	461
c) Ermittlung des Abzugsbetrags nach § 10 Abs.4 EStG	1406	462
aa) Bis VZ 2009	1406	462
bb) Ab VZ 2010	1415a	467
2. Behandlung der (Alters-)Bezüge und sonstigen Leistungen	1416	469
a) Renteneinkünfte	1416	469
aa) Allgemeines	1416	469
bb) Begriff der Leibrente	1418	470
(1) Bedeutung des Leibrentenbegriffs	1418	470
(2) Entwicklung des Leibrentenbegriffs	1419	470
(3) Abhängigkeit von der Lebensdauer als Leibrentenmerkmal	1424	472
(4) Gleichmäßigkeit der Leistungen als Leibrentenmerkmal	1436	474
cc) Ertragsanteilsbesteuerung	1446	477
(1) Allgemeines	1446	477
(2) Grundzüge der Ermittlung des Ertragsanteils	1448	478

	Rdn.	Seite
(3) Renten, deren Laufzeit vor dem 1. 1. 1955 begonnen hat	1452	479
(4) Abhängigkeit der Laufzeit von der Lebensdauer mehrerer Personen	1453	480
(5) Abhängigkeit des Rentenbeginns von der Lebensdauer einer anderen Person	1455	480
(6) Abgekürzte Leibrenten	1457	481
(7) Verlängerte Leibrenten	1460	483
(8) Verbindung von Mindestlaufzeit und Höchstlaufzeit	1461	484
(9) Unterbrochene Leibrentenzahlung	1463	485
(10) Erhöhung der Leibrente	1466	486
(11) Herabsetzung der Leibrente	1469	487
b) Kapitalauszahlungen	1481	490
aa) Allgemeines	1481	490
bb) Weitergeltung des Kapitallebensversicherungsprivilegs für Altverträge	1486	491
(1) Allgemeines	1486	491
(2) Altvertrag	1489	492
(3) Vertragsänderungen	1491	493
(4) Wechsel des Versicherungsnehmers	1493	494
(5) Wechsel der versicherten Person	1495	495
(6) Beitragsdynamisierungen	1496	495
(7) Besteuerung eines Altvertrags	1500	497
cc) Konkurrenz zwischen § 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG und § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. bb EStG für Neuverträge	1506	498
(1) Kapitalversicherungen mit Sparanteil	1506	498
(2) Definition einer Rentenversicherung	1507a	500
(3) Rentenversicherungen mit Kapitalwahlrecht	1508	502
(4) Rentenversicherung ohne Kapitalwahlrecht	1519	508
(5) Fondsgebundene Kapitallebensversicherun- gen und fondsgebundene Rentenversicherungen	1522	509
(6) Reine Risikoversicherungen	1523	510
(7) Absicherung von Zusatzrisiken	1524	511
(8) Veräußerung von Ansprüchen aus Lebensversicherungen	1528	511

	Rdn.	Seite
dd) Besteuerung des Unterschiedsbetrags nach § 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG	1530	513
(1) Erlebensfall oder Rückkauf des Vertrages	1530	513
(2) Zurechnung der Einkünfte nach § 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG	1536	515
(3) Berechnung des Unterschiedsbetrags	1542	516
(a) Versicherungsleistung	1543	516
(b) Entrichtete Beiträge	1547	518
(c) Entgeltlich erworbener Vertrag	1556	522
(4) Häftiger Unterschiedsbetrag	1557	522
(5) Negativer Unterschiedsbetrag	1564	526
(6) Ermittlung des steuerpflichtigen Ertrags bei Mischverträgen (Altvertrag mit Vertragsänderung nach dem 31. 12. 2004)	1566	527
(7) Berücksichtigung von Werbungskosten	1568	527
(8) Kapitalertragsteuerabzug	1572	528
c) Auszahlungen aus Fonds- und Banksparplänen	1581	530
IV. Wirkungen der Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG	1591	531
1. Allgemeines	1591	531
2. Beispiele zur Günstigerprüfung (Rechtslage bis VZ 2009)	1599	534
a) Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG bei Ehegatten/Lebenspartnern	1599	534
b) Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG beim beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer	1600	535
c) Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG bei verheiratetem Arbeitnehmer mit geringem Arbeitslohn und Basis-Rentenvertrag	1601	536
d) Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG bei verheiratetem Arbeitnehmer mit hohem Arbeitslohn und Basis-Rentenvertrag	1602	538
e) Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG bei ledigem Selbständigen mit Kapitallebensversicherungs- und Basis-Rentenvertrag	1603	540
f) Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG bei ledigem Selbständigen mit berufsständischem Versorgungswerk und Basis-Rentenvertrag	1604	541
3. Beispiel Günstigerprüfung (Rechtslage ab 2010)	1605	543

	Rdn.	Seite
V. Besteuerung nach § 22 Nr. 5 EStG (Riester-Renten)	1621	547
1. Allgemeines	1621	547
a) Gegenstand der Regelung	1621	547
b) Entstehung und Entwicklung	1629	549
c) Struktur der Vorschrift	1646	554
d) § 22 Nr. 5 EStG im Besteuerungssystem	1651	555
aa) Lex specialis	1651	555
bb) Einkunftsermittlung	1658	557
(1) Zufluss	1658	557
(2) Werbungskosten	1666	558
2. Steuerliche Behandlung der Beiträge in der Ansparphase	1669	558
a) „Riester-Förderung“ (§ 10a EStG/Abschn. XI)	1670	559
aa) Allgemeines	1670	559
bb) Förderberechtigung	1673	560
cc) Altersvorsorgebeiträge	1686	566
(1) Allgemeines	1686	566
(2) Altersvorsorgebeiträge nach § 82 Abs. 1 Nr. 1 EStG	1696	568
(3) Altersvorsorgebeiträge nach § 82 Abs. 1 Nr. 2 EStG (Wohn-Riester)	1718	572
(4) Potenzielle Anbieter von Altersvorsorgeverträgen nach § 82 Abs. 1 EStG	1724	574
(5) Beiträge im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung	1731	576
dd) Förderwege	1735	578
(1) Altersvorsorgezulage	1736	578
(2) Sonderausgabenabzug nach § 10a EStG	1754	586
(3) Tilgungsförderung	1772	592
(4) Altersvorsorge-Eigenheimbetrag	1781	594
(5) Wohnförderkonto	1797	601
ee) Schädliche Verwendung	1805	604
(1) Allgemeines	1805	604
(2) Rahmenbedingungen für eine steuerunschädliche Auszahlung von geförderttem Altersvorsorgekapital	1811	605
(3) Rechtsfolgen einer schädlichen Verwendung von Altersvorsorgevermögen	1812	608

(4) Rechtsfolgen einer schädlichen Verwendung beim Altersvorsorge-Eigenheimbetrag und der Tilgungsförderung	1819	609
ff) Sonstiges	1829	612
(1) Wegzug ins Ausland	1829	612
(2) Sonderfall Entsendung	1831	613
(3) Förderverfahren	1832	613
b) Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 63 EStG	1839	615
c) Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 66 EStG	1847	616
d) Steuerfreie Zuwendungen nach § 3 Nr. 56 EStG	1850	617
e) Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 55b EStG	1852	618
f) Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 55c EStG	1856	621
3. Steuerliche Behandlung der Leistungen in der Auszahlungsphase	1859	622
a) Allgemeines	1859	622
b) Leistungen aus Sparprodukten (§ 22 Nr. 5 Sätze 1 – 3 EStG)	1868	625
aa) Erfasste Altersvorsorgeprodukte	1868	625
(1) Altersvorsorgevertrag	1869	625
(2) Pensionsfonds	1872	626
(3) Pensionskasse	1873	626
(4) Direktversicherung	1875	627
(5) Sonstiges	1877	628
bb) Erfasste Leistungen	1881	628
cc) Steuerliche Förderung	1883	629
(1) Anwendung des § 3 Nr. 63 EStG	1888	629
(2) Anwendung § 10a/Abschnitt XI EStG	1891	630
(3) Anwendung des § 3 Nr. 55b Satz 1 EStG	1900	634
(4) Anwendung des § 3 Nr. 55c EStG	1902	635
(5) Anwendung des § 3 Nr. 66 EStG	1903	635
dd) Leistungen, die ausschließlich auf geförderten Altersvorsorgebeiträgen beruhen (§ 22 Nr. 5 Satz 1 EStG)	1904	635
ee) Leistungen, die ausschließlich auf nicht geförderten Altersvorsorgebeiträgen beruhen (§ 22 Nr. 5 Satz 2 EStG)	1905	636

	Rdn.	Seite
ff) Leistungen, die zum Teil auf geförderten, zum Teil auf nicht geförderten Altersvorsorgebeiträgen beruhen (§ 22 Nr. 5 Satz 1 und 2 EStG)	1906	637
(1) Betriebliche Altersversorgung	1907	638
(2) Zertifizierte Altersvorsorgeverträge	1912	640
gg) Anwendung des § 22 Nr. 5 Satz 3 EStG	1915	642
c) Wohnförderkonto (§ 22 Nr. 5 Satz 4 bis 6 EStG)	1919	646
aa) Allgemeines	1919	646
bb) Besteuerung nach § 22 Nr. 5 Satz 4 EStG	1934	652
cc) Besteuerung nach § 22 Nr. 5 Satz 5 EStG	1938	653
dd) Besteuerung nach § 22 Nr. 5 Satz 6 EStG	1944	653
ee) Zusammenfassende Beispiele	1945	654
d) Provisionserstattungen bei geförderten Altersvorsorgeverträgen (§ 22 Nr. 5 Satz 8 EStG)	1947	659
e) Bescheinigungspflichten (§ 22 Nr. 5 Satz 7 EStG)	1956	660
f) Sonderfälle	1978	664
aa) Versorgungsausgleich (§ 22 Nr. 5 Satz 9 EStG)	1978	664
bb) Kapitalübertragungen (§ 22 Nr. 5 Satz 10 EStG)	1980	665
VI. Besteuerung von Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung	1991	665
1. Abgrenzung der unterschiedlichen Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung	1991	665
a) Direktzusage	1992	666
b) Unterstützungskassenzusage	1998	667
c) Pensionskasse	2004	668
d) Pensionsfonds	2009	668
e) Direktversicherung	2014	669
2. Allgemeine Anforderungen an die Anerkennung betrieblicher Altersversorgung	2026	670
3. Finanzierungsformen der betrieblichen Altersversorgung	2041	675
a) Arbeitgeberfinanzierung	2041	675
b) Entgeltumwandlung	2042	675
aa) Voraussetzungen	2042	675
bb) Rechtsanspruch auf Entgeltumwandlung	2047	676
c) Eigenbeiträge	2051	677
4. Gemeinsame Anforderungen für die Inanspruchnahme der Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 63 EStG bei den externen Durchführungswegen	2061	678

	Rdn.	Seite
a) Reform durch das AltEinkG	2061	678
b) Begünstigte Auszahlungsformen für die Steuerfreiheit	2065	680
c) Keine Steuerfreiheit bei umlagefinanzierten Versorgungseinrichtungen	2072	681
d) Keine Steuerfreiheit bei Durchschnittsfinanzierung	2074	682
e) Beiträge an ausländische Pensionsfonds, ausländische Pensionskassen und – bei Direktversicherungen – an ausländische Versicherungsunternehmen	2075	683
f) Steuerfreistellungsvolumen des § 3 Nr. 63 EStG	2079	684
aa) 4 %-Grenze	2079	684
bb) Zusätzlicher Höchstbetrag von 1 800 € für Neuzusagen	2085	686
cc) Vervielfältigungsregelung des § 3 Nr. 63 Satz 4 EStG bei Beendigung des Dienstverhältnisses	2087	686
5. Abgrenzung von Alt- und Neuzusage	2101	688
a) Erteilung einer Versorgungszusage	2102	688
b) Änderung einer Versorgungszusage	2104	688
c) Übertragung von Direktversicherungen oder von Versicherungen einer Pensionskasse im Fall des Arbeitgeberwechsels	2116	691
6. Weiteranwendung der Pauschalversteuerung bei einer Altzusage über eine Direktversicherung oder eine Pensionskasse	2126	692
a) Direktversicherungen	2126	692
b) Pensionskassen	2130	693
c) Pensionsfonds	2133	694
7. Beibehaltung der Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG für umlagefinanzierte Pensionskassen	2141	694
8. Verzicht auf die Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 63 Satz 2 EStG zugunsten der Förderung nach § 10a und Abschn. XI EStG bei Entgeltumwandlung	2146	695
9. Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 56 EStG für Umlagen	2151	696
10. Steuerliche Behandlung der Betriebsrenten und anderen Leistungen aus einer Direktzusage oder einer Unterstützungskassenzusage	2156	698
a) Ansparphase	2156	698
b) Auszahlungsphase	2157	698

	Rdn.	Seite
11. Steuerliche Behandlung der Leistungen aus den externen Durchführungswegen	2161	698
a) Ansparphase	2161	698
aa) Kapitalgedeckte Pensionskassen	2161	698
(1) Vor dem 1. 1. 2005 erteilte Altzusagen	2161	698
(2) Nach dem 31. 12. 2004 erteilte Neuzusagen	2164	699
bb) Pensionsfonds	2171	700
(1) Vor dem 1. 1. 2005 erteilte Altzusagen	2171	700
(2) Nach dem 31. 12. 2004 erteilte Neuzusagen	2174	700
cc) Direktversicherungen	2181	701
(1) Vor dem 1. 1. 2005 erteilte Altzusagen	2181	701
(2) Nach dem 31. 12. 2004 erteilte Neuzusagen	2184	701
dd) Umlagefinanzierte Pensionskassen	2190	702
b) Auszahlungsphase	2191	702
aa) Allgemeines	2191	702
bb) Leistungen, die ausschließlich auf nicht geförderten Beiträgen beruhen	2196	703
cc) Leistungen, die ausschließlich auf geförderten Beiträgen beruhen	2205	705
dd) Leistungen, die auf geförderten und nicht geförderten Beiträgen beruhen	2206	705
ee) Leistungen aus umlagefinanzierten Versorgungseinrichtungen	2209	707
12. Auswirkungen der Portabilität (Mitnahme betrieblicher Versorgungsanwartschaften) auf die Besteuerung der Leistungen	2216	707
a) Arbeitsrechtliche Übertragungsmöglichkeiten	2216	707
b) Steuerfreiheit des Übertragungswerts	2221	709
aa) Übertragung von externem zu externem Versorgungsträger	2221	709
bb) Übertragung von einem internen zu einem internen Durchführungsweg	2222	709
cc) Übertragung von einem internen Durchführungsweg auf einen externen Versorgungsträger oder umgekehrt	2223	710
c) Steuerliche Behandlung der (Versorgungs-)Leistungen	2231	710
aa) Übertragung von externem zu externem Versorgungsträger	2231	710

	Rdn.	Seite
bb) Übertragung von einem internen zu einem internen Durchführungsweg	2232	711
cc) Übertragung von einem internen Durchführungsweg auf einen externen Versorgungsträger oder umgekehrt	2233	711
13. Auswirkungen auf die Besteuerung der Leistungen bei Übertragung einer Versorgungszusage auf einen Pensionsfonds	2241	712
VII. Steuerliche Behandlung der Versorgungsbezüge	2261	716
1. Steuerliche Behandlung in der Ansparphase	2261	716
2. Steuerliche Behandlung in der Auszahlungsphase	2262	716
a) Allgemeines	2262	716
b) Berechnung des Versorgungsfreibetrags und des Zuschlags	2270	718
c) Zeitanteilige Gewährung von Versorgungsfreibetrag und Zuschlag	2276	720
d) Mehrere Versorgungsbezüge mit unterschiedlichem Bezugsbeginn	2278	722
e) Neuberechnung der Freibeträge für Versorgungsbezüge	2280	724
f) Hinterbliebenenbezüge und Sterbegeldzahlungen	2282	726
3. Angepasste Übertragung der Abschmelzregelung auf Abgeordnetenbezüge	2291	729
4. Berechnung und Aufteilung des Versorgungsfreibetrags bei Versorgungsbezügen aus unterschiedlichen Einkunftsarten	2292	729
VIII. Erstellung und Auswertung von Rentenbezugsmitteilungen nach § 22a EStG	2301	730
1. Grundsätze	2301	730
2. Rentenbezugsmitteilung und Öffnungsklausel in § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. bb Satz 2 EStG	2311	732
3. Zuordnung der Leistungen zum Bescheinigungsjahr	2316	732
4. Regelmäßige Rentenanpassungen	2321	733
5. Zeitpunkt des Beginns und Ende des Leistungsbezugs	2326	734
6. Identifikationsnummer	2331	734
IX. Tarifiermäßigung bei Rentennachzahlungen	2336	735
X. Besteuerung von Alterseinkünften bei beschränkter Steuerpflicht	2341	737
1. Rechtslage bis 2004	2341	737
2. Rechtslage ab 2005	2342	737

I. Schadensersatz- und Schmerzensgeldrenten	2361	739
1. Allgemeines	2361	739
2. Schadensersatzleistungen wegen Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit	2362	739
3. Schadensersatzleistungen an Unterhaltsberechtigte oder Dienstleistungsberechtigte	2371	741
4. Schadensersatzleistungen wegen Vermehrung der Bedürfnisse oder als Schmerzensgeld	2376	743
5. Zusammentreffen verschiedener Arten von Schadensersatzleistungen	2381	744
6. Steuerliche Wirkung beim Verpflichteten	2382	744
II. Versorgungsausgleich nach Scheidung der Ehe	2386	745
1. Allgemeines	2386	745
2. Wertausgleich bei Scheidung	2388	746
a) Allgemeines	2388	746
b) Interne Teilung	2391	747
aa) Zivilrechtliche Grundlagen	2391	747
(1) Durchführung der internen Teilung	2391	747
(2) Rechtsfolgen der internen Teilung	2393	748
bb) Steuerrechtliche Folgewirkungen	2396	749
(1) Steuerfreiheit der Übertragung	2396	749
(2) Besteuerung der späteren Leistungen	2397	749
c) Externe Teilung	2405	753
aa) Zivilrechtliche Grundlagen	2405	753
(1) Externe Teilung auf Wunsch	2405	753
(2) Externe Teilung in Beamtenversorgungssystemen	2407	754
(3) Zielversorgung	2408	755
(4) Rechtsfolge für die ausgleichspflichtige Person	2409	756
bb) Steuerrechtliche Folgewirkungen	2410	756
(1) Steuerfreiheit der Übertragung	2410	756
(2) Besteuerung der späteren Leistungen	2413	757
(3) Ausgleichszahlung zur Vermeidung einer Versorgungskürzung	2416	758
3. Ausnahmen vom Versorgungsausgleich	2419	758
a) Zivilrechtliche Grundlagen	2419	758

	Rdn.	Seite
b) Steuerrechtliche Folgewirkungen bei Ausschluss des Versorgungsausgleichs gegen Abfindung	2420	759
aa) Ausgleichspflichtige Person	2420	759
bb) Ausgleichsberechtigte Person	2424	761
4. Ausgleich nach der Scheidung	2425	762
a) Zivilrechtliche Grundlagen	2425	762
aa) Fehlende Ausgleichsreife	2425	762
(1) Allgemeines	2425	762
(2) Wirkung auf andere Anrechte	2430	763
bb) Vorbehalt ausgleichsreifer Anrechte für den Ausgleich nach der Scheidung	2431	764
cc) Ausgleichszahlungen	2432	764
(1) Ausgleichsrente	2432	764
(2) Abtretung von Versorgungsansprüchen	2435	765
(3) Ausgleich von Kapitalzahlungen	2437	766
(4) Abfindung eines schuldrechtlichen Ausgleichsanspruchs	2440	766
(5) Tod der ausgleichspflichtigen Person	2442	767
b) Steuerrechtliche Folgewirkungen	2444	768
aa) Allgemeines	2444	768
bb) Anspruch auf Ausgleichsrente	2449	769
(1) Laufende Versorgung in Form einer Basisrente	2449	769
(2) Laufende Versorgung in Form eines Versorgungsbezugs i. S. d. § 19 EStG	2450	770
(3) Laufende Versorgung in Form einer Leibrente i. S. d. § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. bb EStG	2451	771
(4) Laufende Versorgung aus einem Pensionsfonds, einer Pensionskasse, einer Direktversicherung oder einem Riester-Vertrag	2452	771
cc) Abtretung von Versorgungsansprüchen	2453	772
dd) Anspruch auf Ausgleich von Kapitalzahlungen	2455	772
ee) Anspruch auf Abfindung	2456	773
ff) Anspruch gegen die Witwe oder den Witwer, § 26 VersAusglG	2461	775

	Rdn.	Seite
III. Unterhaltsleistungen geschiedener oder dauernd getrennt lebender Ehegatten (Realsplitting)	2469	775
1. Allgemeines	2469	775
2. Bedeutung des Realsplittings	2470	776
3. Begünstigte Unterhaltsleistungen	2473	777
4. Begrenzung des Antrags auf einen Teilbetrag der Unterhaltsleistungen	2475	778
5. Wirkungen der Zustimmung	2477	779
6. Korrespondenz zwischen § 22 Nr. 1a und § 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG	2480	780
7. Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge für den dauernd getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten	2483	782
8. Vorrang des § 22 Nr. 1a EStG vor § 22 Nr. 1 Satz 1 EStG	2487	783
9. Keine unbeschränkte Steuerpflicht des Empfängers	2491	785
IV. Abzug der Jahreserbschaftsteuer nach § 23 ErbStG als dauernde Last	2496	785
1. Allgemeines	2496	785
2. Rechtslage bis 1998	2497	786
3. Rechtslage von 1999 bis 2004	2502	787
4. Rechtslage von 2005 bis 2008	2503	788
5. Rechtslage ab 2009	2505	789
V. Rentenversicherungen und Lebensversicherungen gegen fremdfinanzierten Einmalbetrag	2511	790
1. Modellgestaltung	2511	790
2. Steuerliche Behandlung der unterschiedlichen Komponenten	2514	791
3. Einschränkung der Modelle durch § 2b EStG	2526	793
4. Weitere Einschränkung durch § 15b EStG	2530	794
Anhang		797
Steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge und betrieblichen Altersversorgung		799
Einkommensteuerrechtliche Behandlung von Vorsorgeaufwendungen und Altersbezügen		949
Stichwortverzeichnis		1045